

# Zwischen Verehrung und Geringschätzung: Einführung in die Sondersektion zu Abes Wirken und Vermächtnis

*David Chiavacci*

Shinzō Abe war ein umstrittener Politiker. Einerseits wurde er von Teilen der japanischen Bevölkerung verehrt und seinem Wirken das Wiedererstarken Japans zugeschrieben. Andererseits war er aber für viele in Japan geradezu ein Feindbild und wurde mit entsprechender Geringschätzung übergossen. Diese konträren Haltungen zu Abe und zu dem Einschätzen seines Vermächtnisses zeigen sich gerade auch nach seiner Ermordung am 8. Juli 2022. Während seine Anhänger auf ein Staatsbegräbnis für ihn drängten, sah in Umfragen eine Mehrheit der Bevölkerung dafür keinen Anlass (Soeya 04.09.2022). Egal wie man seine politische Agenda und Regierungsarbeit jedoch bewertet, kommt man nicht umhin anzuerkennen, dass Abe der mit Abstand einflussreichste Politiker Japans der 2010er Jahre war.

Die Sondersektion zu Shinzō Abe und seinem politischen Wirken und Vermächtnis wurde dann auch lange vor dem Attentat auf ihn konzipiert, hat jedoch durch dieses Ereignis und seine Auswirkungen an zusätzlicher Relevanz gewonnen. Abe war mit seiner zweiten Amtszeit als Premierminister von 2012 bis 2020 (nach einer sehr kurzen und nicht erfolgreichen ersten Amtszeit 2006/2007) nicht nur der Politiker, der am längsten dieses Amt bekleidet hat, sondern hat in diesen acht Jahren der japanischen Politik sicher in vielen Feldern seinen Stempel aufgedrückt. In nicht weniger als sechs nationalen Ober- und Unterhauswahlen ist es ihm gelungen, die Liberal-Demokratische Partei (LDP) zum Sieg zu führen. Trotz und auch wegen dieser Erfolge war er jedoch in Japan immer auch ein umstrittener Politiker, da er als Exponent des rechten Flügels der LDP galt mit einem entsprechend ultrakonservativen, patriotischen und geschichtsrevisionistischen Weltbild.

Die Sondersektion beginnt mit einem Beitrag zum tödlichen Attentat auf Abe und die Verbindung zwischen Politik und Religion (Iris Wiczorek). Danach wird

Abes Wirken und die Kritik daran in drei Feldern der Außenpolitik analysiert: Sicherheitspolitik (Sebastian Maslow), Außenwirtschaftspolitik (Werner Pascha) und Verhältnis zur koreanischen Halbinsel (Alexandra Sakaki). Mit der Wirtschaftspolitik bzw. Abenomics (Franz Waldenberger), dem Arbeitsmarkt (Steffen Heinrich), der Agrarwirtschaft (Hanno Jentzsch), der Nuklearenergie (Florentine Koppenborg) und der Bildungspolitik (Steve R. Entrich) werden die zentralen Felder der japanischen Innenpolitik in fünf Beiträgen bewertet. Abgeschlossen wird die Abesondersektion mit drei Beiträgen, in welchen die politischen Maßnahmen gegen die Hassrede (Ayaka Löschke und Sangyun Kim), die Reformen in der Immigrationspolitik (Gabriele Vogt) und die Entwicklung der sozialen Bewegungen in der Regierungszeit von Abe (Anna Wiemann) betrachtet werden. Die Autor\*innen waren gebeten worden, nicht nur eine Übersicht zur Politik Abes im Politikfeld ihres Beitrages zu vermitteln, sondern auch eine dezidierte Einschätzung der Politik und des Wirkens von Abe zu formulieren. Bei einer solch umstrittenen Figur wie Shinzō Abe ist es wohl kaum überraschend, dass stark konträre Bewertungen durch die Autor\*innen in den einzelnen Beiträgen formuliert werden. Die Politik und das Vermächtnis von Abe in der Außen- und Sicherheitspolitik werden hierbei tendenziell eher positiver und bedeutender bewertet. Innenpolitisch fallen hingegen die Gesamtbeurteilungen eher negativer aus, indem Abes Politik in vielen Feldern im Gegensatz zu seinem Image als Macher und Leader eher als abwartend und vorsichtig beschrieben wird. Es wird eine Diskrepanz zwischen großmündiger Rhetorik und realen Maßnahmen festgestellt, wodurch gewichtige innenpolitische Fragen und Probleme nicht angegangen und ihre Lösung in die Zukunft verschoben wurden. Bevor wir in dieser Einführung eine Gesamteinschätzung Abes wagen, soll vorerst Abe und seine Position in einer Gesamtschau zu den großen Entwicklungslinien der japanischen Politik kontextualisiert und die Hintergründe für die Machtkonzentration in den Händen Abes während seiner Regierungszeit erörtert werden.

### **Der mächtigste Premierminister Japans**

Abe war nicht nur der am längsten regierende Premierminister, sondern er war auch der mächtigste Premierminister Japans der letzten 50 Jahre. Ab den 1970er Jahren konnten sich die japanischen Premierminister oft nur kurze Zeit im Amt halten, und sie hatten generell kaum eine führende, sondern eher eine vermittelnde Rolle zwischen den verschiedenen Lagern und Kräften innerhalb des konservativen Establishments und im Verhältnis zur progressiven Opposition inne. Viele japanische Kommentatoren betrachteten dieses System ebenso kritisch wie Calder (1988)

in seinem einflussreichen Aufsatz, welcher Japan aufgrund der Fragmentierung im politischen System und des Fehlens eines starken politischen Zentrums als reaktiven Akteur auf internationaler Ebene beschrieb. Selbst Mitglieder der konservativen Elite erkannten ein grundlegendes Defizit im japanischen politischen System, das von sektoralen Interessen dominiert wurde, was in ihren Augen zur Unfähigkeit führte, eine langfristige strategische Wirtschaftspolitik und eine proaktive Außenpolitik zu formulieren. Dies wurde gerade nach dem Ende des Kalten Krieges und der damit verbundenen Dynamisierung des internationalen Systems als Problem betrachtet. Sie forderten institutionelle Reformen im politischen System, welche die Exekutive stärken sollte (Ozawa 1993; Sakakibara 2008). In den 1990er Jahren folgten auf diese Forderungen institutionelle Reformen im Wahlsystem und in der Administration. Die Hauptstoßrichtung der administrativen Reformen war die Stärkung des Premierministers und seines Kabinetts als Exekutive. Zentrales Ziel war es, die Politikgestaltung weg von den etablierten Insiderkreisen der einzelnen Politikfelder hin zu einem dominanten Kabinett zu verlagern, was damit Durchsetzungsmacht gegen die Partikularinteressen der Netzwerke aus Lobbyabgeordneten der LDP, der Ministerialbürokratie und der mächtigen nationalen Interessenverbände erlangen sollte. Mit der umfassenden Verwaltungsreform von 1997, die über vier Jahre bis 2001 vollständig umgesetzt wurde, wurden die Ministerien neuforziert und mehr Ressourcen in der Hand des Premierministers und seines Kabinetts konzentriert. Die Gesetzesinitiativen des Premierministers wurden rechtlich verankert, und die nötigen Ressourcen und Unterstützung für die Entwicklung einer politischen nationalen Strategie und Agenda durch den Premierminister wurden durch die Aufstockung des Verwaltungspersonals eingerichtet (Shinoda 2005).

In seinen Jahren als Premierminister zeigte Junichirō Koizumi (2001–2006) mit seiner weitreichenden wirtschaftlichen Reformagenda und seiner aktiven Außenpolitik, dass der institutionelle Wandel dem Premierminister viel größere Gestaltungsmöglichkeiten in der Politik ermöglichte. In politikwissenschaftlichen Analysen wurde begonnen, von einem neuen 2001er System in Japan zu sprechen, welche das alte 1955er System abgelöst habe. Allerdings blieben die sechs Nachfolger von Koizumi bis 2012 nur etwa ein Jahr im Amt, wodurch ihr Einfluss in der japanischen Politik sehr begrenzt blieb. Die Reformen hatten dem Premierminister und seinem Kernteam in der Exekutive zwar potenziell viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben, aber um diese neuen Möglichkeiten in der Praxis auch umsetzen zu können, waren jedoch Stabilität und Kontinuität eines Premierministers erforderlich. Da das Amt des Premierministers nach Koizumi erneut eine schnell rotierende Drehtür mit entsprechenden Zentrifugalkräften war, schien Japan in instabile Regierungen und dezentralisierte Entscheidungsprozesse zurückzufallen. Der Premi-

erminister und das Kabinett wurden zum Spielball von Interessengruppen und parteiinternen Streitigkeiten, unfähig, eine umfassende Strategie durchzusetzen oder auch nur zu entwickeln. International wurde Japan in diesen Jahren von China in Sachen Wirtschaftskraft überholt und schien der chinesischen Dynamik schwerlich etwas entgegenzusetzen zu können. Es wurde selbstverschuldet in einen Strudel des zunehmenden Bedeutungsverlustes gezogen.

Auch Abe blieb während seiner ersten Amtszeit als Premierminister 2006/2007 nur ein Jahr im Amt. Zwar realisierte er eine wichtige sicherheitspolitische Reform, durch welche das Verteidigungsamt – eine Unterabteilung des Kabinettsbüros ohne Sitz im Kabinett – zu einem Verteidigungsministerium mit einem Verteidigungsminister als Teil der zentralen Exekutive aufgewertet wurde. Doch trotz der hohen Erwartungen, die Abe bei seinem Amtsantritt 2006 entgegengebracht wurden, kann seine erste Amtszeit als Premierminister kaum als erfolgreich bezeichnet werden. Aufgrund sinkender Unterstützung in der Bevölkerung, der LDP-Niederlage in der Oberhauswahl von 2007 und gesundheitlicher Probleme war er gezwungen, nach zwölf kurzen Monaten im September 2007 zurückzutreten und Platz für einen neuen LDP-Premierminister zu machen.

Die zweite Amtszeit von Shinzō Abe dauerte jedoch acht Jahre bis September 2020. Während dieser außergewöhnlich langen Regierungszeit verstand er es nicht nur, die neuen institutionellen Voraussetzungen zu nutzen, sondern es gelang ihm, die Macht im Kern der Exekutive zu konzentrieren. Wie kein anderer japanischer Regierungschef der letzten 50 Jahre hatte er und sein Kernteam die Ministerialbürokratie, die verschiedenen Kräfte in der LDP und die Interessengruppen fest im Griff. Die Konzentration der Entscheidungsgewalt in der zentralen Exekutive war sogar deutlich stärker als in den Jahren der Koizumi-Regierung am Anfang der 2000er Jahre. Japan verfügte unter Abe über eine vollwertige Kernexekutive, welche die Wirtschafts- und Außenpolitik dominierte (George Mulgan 2018; Iio 2019). Aufgrund mehrerer politischer Skandale warfen Kommentatoren sogar die Frage auf, ob die Machtkonzentration in der Hand des Premierministers und der Kernexekutive unter Abe nicht zu weit gegangen sei. Die nationale Verwaltung schien zunehmend in einem System des »vorausseilenden Gehorsams« (*sontaku*) gegenüber Abe und seiner Entourage zu funktionieren, auch wenn dies bedeutete, dass die Bürokraten die gesetzlichen Bestimmungen und Verfahren nicht mehr vollständig befolgten (Carlson 2020; Iio 2019). Einige Kommentatoren betrachteten Abe und seine Regierung sogar als Risiko für die japanische Demokratie (u. a. Banno und Yamaguchi 2014). Sie betonten seine persönlichen, revisionistischen Überzeugungen, welche die historischen Fehler und Gewalttaten Japans während seiner Expansionskriege herunterspielten. Er und sein Kabinett standen rechten Ideen wie

denen der Nippon Kaigi (Japan-Konferenz) sehr nahe, einer ultrakonservativen und nationalistischen Organisation, der viele führende Mitglieder des konservativen Establishments, darunter auch Abe, angehören. Kritiker von Abe wiesen auch auf seine heftigen Angriffe auf progressive Massenmedien hin, deren Berichterstattung ihm zu kritisch erschien, was als Angriff auf die Pressefreiheit, die Kontrolle der Regierung durch die Massenmedien als vierte Macht und somit das Funktionieren der japanischen Demokratie gewertet wurde (Kingston 2017).

Die politische Agenda von Abe kollidierte jedoch im Laufe der Regierungszeit auch mit dem Willen des Volkes und den Kontrollmechanismen der demokratischen Institutionen Japans. Er und sein Führungsstab haben der japanischen Außenpolitik in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen zweifelsohne ihren Stempel aufgedrückt. Doch trotz seiner langen Amtszeit und der beispiellosen Machtkonzentration in seinen Händen war auch Abe gezwungen, einige seiner politischen Ziele zu revidieren oder auf deren Realisierung sogar ganz zu verzichten. Im Gegensatz zu seiner Rhetorik war Abe als Leader auch ein typischer, pragmatischer LDP-Politiker, welcher für den Wahlerfolg und den Machterhalt bereit war, weitreichende Kompromisse einzugehen.

### **Der kompromissbereite LDP-Politiker**

Die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit Abes, welche ihm viele vor dem zweiten Amtsantritt nicht zugetraut hatte, zeigte sich in verschiedenen Bereichen inklusive außenpolitischen Fragen. Wie von ihm als stramm rechten Politiker zu erwarten war, besuchte er beispielsweise kurz nach Amtsantritt 2013 als Premierminister den Yasukuni-Schrein. Dies führte (wie ebenfalls erwartet werden musste) zu heftiger Kritik aus China und Südkorea. Für seinen Besuch wurde Abe aber auch von den USA öffentlich kritisiert, welche die »Enttäuschung« über Abes Handeln zum Ausdruck brachten (Smith 2015: 58).<sup>1</sup> Diese öffentliche Rüge zeigte Wirkung. Abe hat

<sup>1</sup> Der Yasukuni-Schrein war 1869 im Zug der Nationenbildung Japans eingerichtet worden. Wie in anderen nationalen Gedenkstätten dient der Yasukuni-Schrein dem Gedenken und der Verehrung der auf japanischer Seite in den kriegerischen Auseinandersetzungen der Moderne Gefallenen. Er stellt jedoch auch eine revisionistische Geschichtsperspektive dar, da in den 1970er Jahren auch die vom Kriegsverbrechertribunal von Tōkyō (1946–1948) zum Tode verurteilten Angehörigen der japanischen Kriegselite in den Schrein aufgenommen wurden. Auf diese Weise wurden Kriegsverbrecher de facto in Soldaten verwandelt, die ehrenvoll für Japan gefallen sind. Konservative japanische Premierminister und Minister besuchten trotz scharfer internationaler Kritik aus China und Südkorea wiederholt den Schrein seit Mitte der 1970er Jahre, jedoch kam es nach Abes Besuch von 2013 erstmals auch zu öffentlicher Kritik aus Washington.

– für viele überraschenderweise – während seiner restlichen Amtszeit als Premierminister den Yasukuni-Schrein nie wieder besucht. Er zeigte sich somit als pragmatischer Politiker, welcher bereit war, auch von seinen Grundüberzeugungen abzuweichen, wenn es nationalen Interesse Japans diente.

Die lange Amtszeit von Abe als Premierminister und Vorsitzender der LDP war auf seine Fähigkeit zurückzuführen, dem konservativen Establishment Siege zu bescheren. Die Erfolge der LDP bei den nationalen Wahlen unter seiner Führung basierten jedoch nicht auf seiner Sicherheitsagenda. Aufgrund einer eher negativen öffentlichen Wahrnehmung derselben kann man sogar sagen, dass die Wahlerfolge trotz der sicherheitspolitischen Reformen erzielt wurden. Was die LDP und Abe für die Wähler in erster Linie attraktiv machte, war seine Wirtschaftspolitik namens Abenomics mit ihren drei Pfeilen, die versprachen, Japan ohne schmerzhaftige Strukturreformen auf einen Pfad nachhaltigen und gemeinsamen Wachstums zurückzubringen (Chiavacci 2021). Auffällig ist hierbei, dass Abe gerade innenpolitisch immer wieder Kehrtwendungen vollzog, wenn seine Politikagenda auf öffentliche Kritik und starken Widerstand stießen. Wodurch es ihm auch wieder gelang, seine und die Umfrageergebnisse der LDP wieder zu verbessern, wenn er und seine Regierung in die Kritik geraten und in der Wählergunst abgesunken waren. Beispielsweise hat er seine Machtposition nicht für die ursprünglich angedachte Re-etablierung der Nuklearenergie gegen den massiven öffentlichen Widerstand zu nutzen versucht. Auch die Arbeitsmarktpolitik war ursprünglich durch eine umfassende Reform- und Deregulierungsagenda Abes gekennzeichnet, von welcher im Laufe der Regierungsperiode von acht Jahren so gut wie nichts übriggeblieben ist und wirklich realisiert wurde. Kurzum, Abes Traum war zwar wohl, die bereits von seinem Großvater Nobusuke Kishi (Premierminister 1957–1960) angestrebte umfassende Normalisierung der japanischen Sicherheitspolitik inklusive Verfassungsreform zu realisieren, jedoch folgte er letztlich den Pfaden Hayato Ikedas (Premierminister 1960–1964), indem er sich auf die Wirtschaftspolitik für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Wohlstandes konzentrierte und diese betonte. Gerade seine im September 2015 vorgestellte Abenomics 2.0 stellte eine »soziale Wende« (Katada und Cheung 2018) dar, in welcher die Abenomics zumindest auf einer rhetorischen Ebene geradezu eine sozialdemokratische Prägung erhielt. Durch diese Kehrtwendungen und Neuausrichtungen gelang es Abe, sich und seine LDP trotz aller politischen Skandale, welche seine Regierungsjahre auch kennzeichneten, an der Macht zu halten. Diese Skandale inklusive der durch das Attentat auf Abe aufgezeigten Verbindungen zwischen LDP und der sogenannten Moon-Sekte sind jedoch auch ein wichtiger Grund dafür, weshalb eine Mehrheit der japani-

schen Bevölkerung ein Staatsbegräbnis Abes als Geldverschwendung ablehnt. Trotz der langen Regierungszeit, Machtkonzentration und proaktiven Politikagenda war Abe schlussendlich in den Augen vieler Japaner\*innen doch nicht mehr als ein normaler, pragmatischer, aber auch korrumpierter LDP-Politiker mit allen damit verbundenen Stärken und Schwächen.

### **Tentatives Fazit**

Insgesamt kann die außenpolitische Bedeutung Abes im Vergleich zu seinem innenpolitischen Wirken als stärker bezeichnet werden. In seinen Regierungsjahren gelang es ihm Japan, was von vielen angesichts der ökonomischen Stagnation und der schrumpfenden Bevölkerung schon abgeschrieben war, wieder als einen wichtigen Akteur auf internationaler Ebene zu etablieren. Zwar konnte er schlussendlich weder die Sicherheitspolitik durch eine Verfassungsreform auf eine umfassend neue und stabile Basis stellen noch mit Russland den Kurilenkonflikt wie anvisiert abschließend klären. Jedoch hat Japan mit ihm gerade in Zeiten internationaler Verwerfungen und neuer Volatilität an Statur gewonnen und ist erneut zu einem tragenden Akteur der internationalen Ordnung geworden. Innenpolitisch war seine Politik durch Kompromisse und dem Zurückschrecken vor bestimmten Reformen gekennzeichnet. Diese Anpassungsfähigkeit war die Grundlage für die lange Abfolge von nationalen Wahlerfolgen, welche auch durch eine fragmentierte und somit schwache Opposition begünstigt wurde. Dies machte für die LDP eine grundlegende Abkehr von Abes Politikagenda auch nach seinem Rücktritt sehr schwierig. Zwar versuchte der gegenwärtige Premierminister Fumio Kishida mit seinem »neuen Kapitalismus« in der Wirtschaftspolitik und einer zurückhaltenden Sicherheitspolitik eine eigene Agenda zu entwickeln. Jedoch war Abe auch nach seinem Rücktritt die graue Eminenz in der japanischen Politik, der mit seiner Kritik an Neuausrichtungen in der Wirtschaftspolitik und öffentlichen Forderungen wie z. B., dass angesichts des Russisch-Ukrainischen Krieges US-Atomwaffen auf dem japanischen Territorium aufgestellt werden sollten (*Nikkei Asia* 28.02.2022), Kishida und dessen Regierung vor sich her zu treiben schien. Auch nach dem Ableben von Abe wird sein Vermächtnis in der japanischen Politik zu spüren sein, und es wird spannend zu beobachten, ob sich Kishida wirklich aus Abes Schatten zu lösen vermag. Eine Grundvoraussetzung wäre für Kishida, dass er sich über längere Zeit im Amt hält. In diesem Sinne hat nicht nur er, sondern auch jeder andere zukünftige Premierminister Japans viel von Abe zu lernen.

## Literatur

- Banno, Junji und Jirō Yamaguchi (2014), *Rekishi o Kurikaesu na* [Die Geschichte nicht wiederholen], Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Calder, Kent E. (1988), »Japanese Foreign Economic Policy Formation: Explaining the Reactive State«, in: *World Politics*, 40 (4): 517–541.
- Carlson, Matthew (2020), »Sontaku and Political Scandals in Japan«, in: *Public Administration and Policy*, 23 (1): 33–46.
- Chiavacci, David (2021), »Japan’s Melting Core: Social Frames and Political Crisis Narratives of Rising Inequalities«, in: Sebastian Maslow und Christian Wirth (Hg.), *Crisis Narratives, Institutional Change and Transformation of the Japanese State*, Albany: State University of New York Press, S. 25–50.
- George Mulgan, Aurelia (2018), *The Abe Administration and the Rise of the Prime Ministerial Executive*, London: Routledge.
- Iio, Jun (2019), »Seisaku no Shitsu to Kanryōsei no Yakuwari: Abe Naikaku ni okeru ›Kantei Shudō‹ o Rei ni shite« [Die Qualität der Gesetzgebung und die Rolle der Bürokratie: Am Beispiel der »Führung durch das Amt des Premierministers« unter der Regierung Abe], in: *Nenpō Gyōsei Kenkyū*, 54: 2–20.
- Katada, Saori N., und Gabrielle Cheung (2018), »Monetary and Fiscal Politics in the 2017 Snap Election«, in: Robert J. Pekkanen, Steven R. Reed, Ethan Scheiner und Daniel M. Smith (Hg.), *Japan Decides 2017: The Japanese General Election*, London: Palgrave Macmillan, S. 243–259.
- Kingston, Jeff (Hg.) (2017), *Press Freedom in Contemporary Japan*, London: Routledge.
- Nikkei Asia* (28.02.2022), »Kishida Says Japan Won’t Seek Nuclear Sharing with U. S.: Prime Minister Rejects Deterrent Idea amid Russian Invasion of Ukraine«, <https://asia.nikkei.com/Politics/International-relations/Kishida-says-Japan-won-t-seek-nuclear-sharing-with-U.S> (27.04.2022).
- Ozawa, Ichirō (1993), *Nihon Kaizō Keikaku* [Plan für Japan], Tōkyō: Kōdansha.
- Sakakibara, Eisuke (2008), *Seiken Kōtai* [Regime Wechsel], Tōkyō: Bungei Shunjū.
- Shinoda, Tomohito (2005), »Japan’s Cabinet Secretariat and Its Emergence as Core Executive«, in: *Asian Survey*, 45 (5): 800–821.
- Smith, Sheila A. (2015), *Intimate Rivals: Japanese Domestic Politics and a Rising China*, New York: Columbia University Press.
- Soeya, Yoshihide (04.09.2022), »Japan Navigates Around Shinzo Abe’s Japanese Foreign Policy Legacy«, in: *East Asia Forum*, <https://www.eastasiaforum.org/2022/09/04/japan-navigates-around-shinzo-abes-japanese-foreign-policy-legacy/> (09.10.2022).